

Kooperationsvertrag zwischen SPD und FWW

Die SPD Weiterstadt und die Freien Wähler Weiterstadt e.V. schließen für die Legislaturperiode 2016 bis 2021 die folgende Kooperationsvereinbarung zur kommunalpolitischen Zusammenarbeit ab:

Grundlage einer Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Fraktionen basiert auf einer vertrauensvollen Kommunikation und Information. Die nachfolgend aufgeführten Ziele für die Legislaturperiode 2016 bis 2021 werden gemeinsam in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und beschlossen.

Über diese Ziele hinaus hat jede Fraktion das Recht, eigene Anträge zu stellen. Es wird jedoch vereinbart, dass der Kooperationspartner frühzeitig vor den Sitzungen und vor der Einreichung beim Parlamentarischen Büro darüber informiert wird, inwieweit dieser Antrag vom Partner mitgetragen werden kann.

SPD und FWW beschließen gemeinsam die Haushalte der Stadt Weiterstadt sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Soweit unterschiedliche Auffassungen bestehen, werden diese intern erörtert und nach Möglichkeit ausgeräumt.

Die Fraktionsvorstände gewährleisten den Informationsfluss und einheitliches Auftreten in den vereinbarten Sachthemen und Personalfragen. Hierzu gehören regelmäßige Treffen der Fraktionsvorstände. Gemeinsame Sitzungen der Fraktionen können bei Notwendigkeit vereinbart werden.

Jede/r Abgeordnete ist bei anstehenden Entscheidungen natürlich nur seinem Gewissen verantwortlich. Beide Fraktionen akzeptieren deshalb, dass es in Einzelfällen zu abweichendem Abstimmungsverhalten kommen kann. Sollte es zu abweichendem Abstimmungsverhalten kommen, informieren sich die Partner im Vorfeld. Allerdings wird neben dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen auch bei den gemeinsam vereinbarten Projekten gemeinsames Abstimmungsverhalten vorausgesetzt.

Finanzen

Beide Kooperationspartner stehen für eine solide Haushaltswirtschaft mit einem ausgeglichenen Haushalt. Dabei ist die Ausgabenpolitik an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt auszurichten.

Beide Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass allen Maßnahmen, die zum Werterhalt der städtischen Liegenschaften und Straßen unbedingt notwendig sind, Vorrang einzuräumen ist. Die Betriebskosten der städtischen Gebäude sollen möglichst reduziert werden, zum Beispiel durch energetische Sanierungen. Weiterhin sind sich beide Kooperationspartner darüber einig, die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

1. Stetige Reduzierung des Kassenkredites
2. Überführung des Eigenbetriebes KIS in den städtischen Haushalt
3. Erhalt der Vereinsförderung in vollem Umfang
4. Volle Beibehaltung der Mittel für den Kinder- und Jugendhilfebereich, Erhalt der hohen Sozialstandards in Weiterstadt
5. Die Überführung der Eigenkapitalverzinsung in den städtischen Haushalt bleibt auf 500.000 Euro beschränkt

Wirtschaft / Wirtschaftsförderung

Weiterstadt ist ein guter und starker Wirtschaftsstandort. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden, vor allem, weil sogenannte „weiche“ Faktoren wie Kinderbetreuung, Freizeitangebote und Naherholungsgebiete immer wichtiger für Unternehmen bei der Auswahl des Standortes werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Ausbau des Breitbandnetzes, der voraussichtlich Anfang 2017 vollzogen sein wird. Für die Zukunft streben beide Kooperationspartner in Kooperation mit den Kommunen des Landkreises weitere Entwicklungen, wie zum Beispiel Glasfaserkabel bis zum Hausanschluss, an.

Neue Baugebiete / Flächennutzungsplan

Die Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass nach Genehmigung des neuen Flächennutzungsplanes das einzig mögliche großflächige Baugebiet „Apfelbaumgarten 2“ entwickelt werden muss. Hierfür sind die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Beide Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass in diesem neuen Baugebiet die Stadt Weiterstadt Flächen vorhalten muss, um Sozialeinrichtungen (Kindergarten, Schule, Spielplätze, Treffpunkte) bauen zu können. Gleiches gilt für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

Beide Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass in diesem Baugebiet der Verkehr so geführt werden muss, dass die Umweltbelastung der Bürgerinnen und Bürger auf ein Minimum reduziert wird. Ggf. ist die derzeitige Verkehrsführung entsprechend diesen Vorgaben zu überprüfen.

Stadtentwicklungskonzept

Beide Kooperationspartner beabsichtigen ein dynamisches Stadtentwicklungskonzept „Weiterstadt 2025“ ins Leben zu rufen. Dies ist für Weiterstadt eine Chance, eine lebendige, zukunftsorientierte und richtungsweisende Stadt zu verwirklichen. Das Ausgestalten der einzelnen Projekte, in das die Stadtverwaltung all ihre fachlichen Kompetenzen und Kapazitäten einbringt, wird Schritt für Schritt vorangebracht. Dieses Stadtentwicklungskonzept soll unter Bürgerbeteiligung und stadtteilbezogen erstellt werden.

Bürgerhäuser

Die Sanierung unserer Bürgerhäuser ist für uns von höchster Priorität. Hinsichtlich des Neubaus des Bürgerhauses Braunshardt bleibt es bei der beschlossenen Planung zur Verwirklichung des Neubaus.

Schlossschule Gräfenhausen

Bezüglich der Zukunft des Gebäudes der Alten Schlossschule in Gräfenhausen wollen beide Kooperationspartner in einem Bürgerbeteiligungsprozess Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung sammeln und diese in eine künftige Nutzung der Alten Schlossschule einfließen lassen. Ortsbild und Freiflächen mit Baumbestand sollen hierbei im Wesentlichen erhalten bleiben.

Stadtbüros

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Dies hat unweigerlich zur Folge, dass es immer mehr Menschen geben wird, die bewegungseingeschränkt sind. Dies ist u. a. ein Grund, warum beide Kooperationspartner für die Beibehaltung der Stadtbüros in Weiterstadt und Gräfenhausen sind. Zudem sind dezentrale Anlaufstellen für Alt und Jung gleichermaßen wichtig.

Instandhaltungen von Straßen

Beide Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass die als notwendig erachteten Straßensanierungen möglichst schnell abgearbeitet werden, um Grunderneuerungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Hierbei sind die Bürgerinnen und Bürger durch eine frühzeitige und transparente Informationspolitik einzubeziehen.

Darmstädter Straße

Beide Kooperationspartner bekennen sich zur beschlossenen Planung und sind sich außerdem darüber einig, dass aus finanziellen Gründen keine weiteren als die derzeit bereits beschlossenen Umbaumaßnahmen der Darmstädter Straße durchgeführt werden können.

Verkehrsraum Weiterstadt

Die Einrichtung eines Mobilitäts-Managements wird angestrebt. Das Mobilitätsmanagement unterstützt durch die Anreize zur Vermeidung der Kfz-Nutzung die Investitionen in ÖPNV- und Radwege-Infrastruktur. Es erreicht also gleichzeitig ökologische und ökonomische Verbesserungen. Das Radwegenetz soll weiter optimiert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Stadt Weiterstadt mit ihren Stadtteilen verfügt bereits über ein gut funktionierendes ÖPNV-System. Allerdings sehen die beiden Kooperationspartner noch Optimierungsbedarf, um den ÖPNV zielgerichteter einzurichten.

Eine Möglichkeit der Optimierung kann eine Neuorganisation der Linien 5513, 5515, 5516 sein. Die Linien 751 und 675 bleiben in der jetzigen Form erhalten. Sichergestellt werden muss, dass sowohl der Hauptbahnhof Darmstadt, der Bahnhof Erzhausen und Worfelden über Braunshardt angefahren werden und dass die Bedienung des Stadtteils Riedbahn erfolgt. Hier soll ein entsprechender Auftrag an die DADINA gestellt werden, eine Optimierung für den Fahrplanwechsel 2017/2018 vorzuschlagen. Vorausgehen soll eine Umfrage bei den ÖPNV-Teilnehmern in Zusammenarbeit mit der DADINA.

Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung halten beide Kooperationspartner für wichtig. Zwar eignet sich nicht jedes Thema für eine Bürgerbeteiligung oder Umfrage, aber viele Themen, vor allem im Bereich der Stadtgestaltung oder Straßenführung, sind hierfür gut geeignet. Weiterhin wollen beide Vertragspartner sich dafür einsetzen, die politischen Prozesse und die Verwaltungsabläufe der Stadt Weiterstadt besser zu vermitteln und die Bevölkerung stärker für die kommunale Politik zu interessieren. Auch hierfür sind Verfahren der Bürgerbeteiligung ein geeignetes Instrument.

Kooperation zwischen Stadtteilen und Interkommunale Zusammenarbeit

Beide Vertragspartner wollen mit unseren Nachbarn kooperieren. Das schließt sowohl benachbarte Stadtteile innerhalb unserer Stadt, aber auch die Interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen ausdrücklich ein. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der hessischen Kommunen, hier ist Weiterstadt keine Ausnahme, kann sich die Stadt auch keine andere Politik leisten. Ortsverbundenheit und der Blick über den Tellerrand sind keine Gegensätze!

Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung

Die Barrierefreiheit in unserer Stadt sowie die Umsetzung der in der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen enthaltenen Grundrechte stellen aktuelle Themen dar, welche die Bürgerinnen und Bürger bewegen. Immer das Machbare für alle Bürgerinnen und Bürger im Auge behalten und keinen aus den Augen verlieren, kann nur das Motiv sein. Das ist ein langer Weg, den die beiden Kooperationspartner gestalten wollen. Hierzu gehörten der Umbau des Weiterstädter Bahnhofs, die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum und die Beibehaltung der Außenstelle des Stadtbüros in Gräfenhausen.

Wir werden immer ein offenes Ohr für den Behindertenbeauftragten und den Behindertenbeirat haben, erwarten aber auch Vorschläge, die den Menschen mit Behinderungen das Leben in Weiterstadt einfacher machen. Querungshilfen, abgesenkte Bordsteine bei Übergängen, Barrierefreiheit im gesamten Stadtgebiet und in den öffentlichen Gebäuden müssen mittelfristig erreicht werden.

Neubau ICE-Trasse / Güterverkehrsstrasse

Die Kooperation aus SPD und FWW unterstützt alle Maßnahmen der Stadt, die weitere Lärmbelastigungen durch Neubaustrecken der Bahn verhindern sollen. Wir sprechen uns im Sinne der Stadt Weiterstadt eindeutig für die sogenannte Trassen-Variante 2 entlang der A 67 aus. Hierbei suchen SPD und FWW ausdrücklich auch weiterhin den Schulterchluss und die parteiübergreifende Zusammenarbeit mit den anderen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen.

Lärmschutz

In einer wirtschaftlich starken Stadt in der Rhein-Main-Region bleibt logischerweise Lärm durch Flug-, Straßen- oder Schienenverkehr nicht aus. Deshalb setzen SPD und FWW sich nachhaltig für Lärmschutz gegenüber allen Lärmquellen ein, wo beide Vertragspartner dies kommunal beeinflussen können.

Bildungslandschaft Weiterstadt

Beide Kooperationspartner sind sich einig, dass die Bildungslandschaft stetig weiterentwickelt werden muss. Weiterhin muss das Ziel sein, den Schulstandort Weiterstadt, insbesondere die Albrecht-Dürer-Schule sowie die Hessenwaldschule, zu stärken. Zudem unterstützen SPD und FWW ausdrücklich die Schulsozialarbeit und werden diese unbedingt erhalten. Beide Kooperationspartner sind sich einig, dass Jugendliche stärker an der Politik beteiligt werden müssen. Hierbei sind mit den Schülervertretungen der beiden weiterführenden Schulen, den Jugendlichen in Vereinen sowie den Jugendlichen der Jugendzentren Gespräche zu führen.

Jugendtreff

Viele Jugendliche sind ins Vereinsleben integriert, suchen aber immer noch nach anderen Gelegenheiten, sich mit anderen Jugendlichen zu treffen. Einen geeigneten Platz bieten hierfür die bereits vorhandenen Jugendhäuser in den Stadtteilen. Diese Angebote müssen auf alle Fälle erhalten bleiben und es müssen geeignete Betreuer vor Ort sein.

Treffpunkte für Senioren

Die Seniorenarbeit, insbesondere für kranke und alleinstehende Senioren/innen, ist uns ebenfalls ein besonderes Anliegen. Niemand darf in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Daher wollen SPD und FWW Treffpunkte für Senioren/innen fördern und unterstützen.

Vereine

Beide Kooperationspartner sehen in dem zurzeit im Analysestadium befindlichen Sportentwicklungsplan eine Chance, Synergien in der Weiterstädter Vereinswelt zu finden und zum Nutzen der Vereine und der Stadt umzusetzen.

Beide Kooperationspartner unterstützen die Vereine in ihrer Jugendarbeit und in ihrer insgesamt wichtigen Rolle für unsere Gesellschaft. Die Vereinsförderung darf daher nicht gekürzt werden. Beide Kooperationspartner sind vielmehr der Meinung, dass die finanzielle Unterstützung mittelfristig über die Jahre sukzessive erhöht werden muss, insbesondere für Vereine mit eigenen Vereinsanlagen.

Schwimmbad

Unser Schwimmbad ist ein wichtiger sozialer Treffpunkt. Zudem trägt es erheblich zu unserer Freizeitqualität und zur Gesundheitsförderung bei. Deshalb muss es unbedingt erhalten bleiben und weiter aufgewertet werden.

Kindertagesstätten

Die Kindertagesstätten sind wichtige Einrichtungen, in der Kinder im Vorschulalter u.a. soziale Kompetenzen erwerben, körperliche Motorik weiterentwickeln und sich auf die Grundschule vorbereiten können. Es steht für die beiden Kooperationspartner außer Frage, dass diese Einrichtungen für alle Kinder im betreffenden Alter offenstehen, aber auch für die Eltern sowie für die Kommune bezahlbar sein müssen.

Beide Kooperationspartner sind sich darüber einig, dass Eltern in vertretbarem Rahmen an den Kosten beteiligt werden und Planungssicherheit haben müssen.

U3-Betreuung (Betreuung für Kinder unter drei Jahren)

Für diese Art der Betreuung befürworten die beiden Kooperationspartner einen gesunden Mix aus freier Trägerschaft und Stadt. Beide Kooperationspartner sind sich auch darüber einig, dass nur die freien Träger gefördert werden, die Weiterstädter Kinder betreuen.



Flüchtlinge

Beide Kooperationspartner verurteilen jede Gewalt und Ausgrenzung von Menschen, die unsere Hilfe benötigen. Sie treten dafür ein, dass den Asylsuchenden eine menschenwürdige Unterkunft und Integrationsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Bei allen Integrationsmaßnahmen (wie Deutschkurse u. ä.) müssen auch Konzepte mit ortsansässigen Vereinen, Verbänden, Kirchen und Interessensgruppen erstellt werden. Hierbei sehen beide Kooperationspartner die Stadt in der Moderatoren-Rolle. Flüchtlinge, die ein Bleiberecht erhalten, müssen in Wohnungen untergebracht werden. Die öffentliche Hand (Land/Kreis/Gemeinde) muss bei der Wohnraumbereitstellung mitwirken. Beide Partner sind sich aber darüber einig, dass für die Bereitstellung von günstigem Wohnraum mit privaten Investoren zusammengearbeitet werden muss.

Wohnungsbau

Da sich auch bei uns in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet, wird die Anfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerade hier im Rhein-Main-Gebiet immer größer werden. Eine Möglichkeit, Menschen, die die Mieten auf dem freien Markt nicht mehr bezahlen können, im Ort zu halten, ist das vermehrte Angebot von günstigem Wohnraum unterhalb des Marktdurchschnitts. Beide Partner streben hierzu an, private Investoren zu suchen, die sich in Kooperation mit der Stadt in den Bau von bezahlbarem Wohnraum einbringen. Auch die Möglichkeit einer kreiseigenen GmbH wäre eine Alternative. Bei allen Überlegungen zum Thema „Günstiger Wohnraum“ darf man neben den Flüchtlingen Sozialhilfeempfänger und obdachlose Menschen nicht vergessen.

Umwelt und Energie

Wir schützen unsere Umwelt und Biotope. Das Naherholungsgebiet „Braunshardter Tännchen“ darf nicht der Anbindung der Güterverkehrsstrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke der Deutschen Bahn zum Opfer fallen! Generell müssen unsere wenigen Naherholungsgebiete unbedingt erhalten und geschützt werden. Wir, SPD und FWW, stehen für eine nachhaltige Energiepolitik durch den Einsatz und die Erzeugung regenerativer Energien durch die Kommune. Unser langfristiges Ziel ist eine unabhängige, ökologische und kommunale Energieversorgung der Stadt Weiterstadt. Eine mögliche Wiederaufforstung muss dort, wo sie sinnvoll ist, geprüft werden. Bei der Neuausweisung von Baugebieten müssen ökologische Erfordernisse berücksichtigt werden. Mit städtischen Flächen muss nachhaltig umgegangen werden. Gleichzeitig setzen sich die Kooperationspartner für den Tierschutz ein, was sowohl den Schutz wild lebender Tiere als auch den Schutz von Nutz- und Haustieren beinhaltet. Diesbezüglich unterstützen beide Kooperationspartner auch weiterhin die Arbeit der Keller-Ranch und das dortige neue Tierheim.

Weiterstadt, den 19.4.2016

gez. Koch

Alexander Koch (SPD Ortsvereinsvorsitzender)

gez. Berger

Manfred Berger (FWW Vorsitzender)

gez. Gürkan

Benjamin Gürkan (SPD Fraktionsvorsitzender)

gez. Weldert

Kurt Weldert (FWW Fraktionsvorsitzender)